

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erhebt sich nicht mal. Bezugspreis: monatlich 1.60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. | Anzeigenspreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 18 Goldschillinge, die Reklameweile 45 Goldschillinge. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung behält sein Recht auf Befreiung. | Postkontonummer Stuttgart Nr. 6790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 49

Allensteig Mittwoch den 17. Februar

1926

Politische Streiflichter

Man kann am Aschermittwoch nicht erwarten, daß die Welt vom Faschings-Dienstag her ein großes neues Programm darbietet oder daß das politische Geschehen plötzlich eine Wendung genommen hätte, wobei natürlich nicht ausgeschlossen sein soll, daß in der Karrheit der Fastnacht auch ein guter Gedanke geboren wird. Leider ist es aber so, daß die Welt und die europäische Politik von heute noch immer etwas mehr vom Karrenfeld der Zeit trägt, als man gewöhnlich wahrzunehmen pflegt. Es läge nahe Muffelins Größenwahn und die Tyrannisierung der Deutschen in der Tschechoslowakei als eine Karrheit der Zeit zu charakterisieren. Aber leider sind die Dinge viel zu ernst und für die Betroffenen zu schwer und zu traurig, als daß man darüber einen Epilog zur Fastnacht schreiben könnte. Trotzdem wird die Volkswirtschaft recht behalten, die politischen Geschehnisse dieser Tage als eine Ausgeburt der Verdrücktheit geißelt. Das bezieht sich nicht nur auf so und so viele Fragen unserer Außenpolitik, wir denken dabei an den Völkerbund, auch in unseren innerpolitischen Verhältnissen stoßen wir auf Dinge, denen geradezu die Kartensuppe übergezogen ist. Hoffen wir, daß sie eines Tages doch fällt und der flache Kopf und freie Sinn wieder zum Durchbruch kommt, nicht etwa nur bei einzelnen Führern, sondern in den weitesten Kreisen des Volkes. Denn nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft und in der Verwaltung — wir denken z. B. nur an den Bürokratismus, der heute noch herrscht — hängen die Rippen einer Kartensuppe deutlich hervor. Also weg damit — der Aschermittwoch ist da!

Der Sprachenkampf in der Tschechoslowakei macht sich immer härter bemerkbar. Der erste Vorstoß auf Grund der neuen Verordnungen erfolgte in der ehemals freien Reichsstadt Eger, wo in der Stadtratsitzung der einzige Vertreter der Tschechen mit Bezug auf die Sprachenverordnung einen Antrag einbrachte, daß mit sofortiger Wirkung alle Anträge und Protokolle des Egerer Stadtrats an erster Stelle in tschechischer Sprache zu erfolgen hätten. Da die Stadtgemeinde Eger über keinen Beamten verfügt, der diese Sprache genügend versteht, war es unmöglich, dem Verlangen zu entsprechen. Der tschechische Stadtrat protestierte gegen die Nichtüberlegung der Referentenanträge und stellte die Behauptung auf, daß alle Beschlüsse, bei denen wieder seiner Forderung nicht entsprochen werde, ungültig seien. Da sich die politische Bezirksverwaltung auf den gleichen Standpunkt stellte, hatte es keinen Zweck, weiter im Stadtrat zu verhandeln, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Bezeichnend ist, daß der Tscheche erklärte, daß er wohl wisse, daß die Durchführung seines Verlangens, also der Uebersetzung der Anträge ins Tschechische, eine maßlose Verzögerung der Amtierung bedeute; sein Vorgehen sei aber die einzig richtige Antwort auf den Protest der Stadtgemeinde gegen die Sprachenverordnung gewesen.

Die im Deutschen Verband zusammengeschlossenen Parteien in Böhmen veranstalteten in Kufflig eine große Versammlung als Protest gegen die tschechischen Sprachenverordnungen, an der nicht nur zahlreiche Abgeordnete und Senatoren, sondern auch eine Reihe Bürgermeister deutscher Städte teilnahmen. Hierbei wurde folgende Kundgebung beschlossen:

„Die Sprachenverordnung der Prager Regierung vom 3. Febr. 1926 bedroht die Lebensrechte unserer deutschen Sprache. Während die tschechische Sprache herrschen genießt bis in den letzten und ärmsten deutschen Gebirgswinkel, wird unsere Sprache bei Beamten und Behörden auf die Geltung eines zur Not geduldeten Verständigungsmittels herabgedrückt. Das Sudetendeutschtum hat dem Sprachengesetz vom Jahre 1920 stets die wirkliche Berechtigung abgesprochen, weil es ohne jede Mitwirkung der Vertreter unseres Volkes zustande kam und selbst jene arbeitsamen Verpflichtungen verlegt, welche die tschechischen Staatslenker mit den Minderheitenschutzverträgen übernommen und welche den freien Gebrauch der deutschen Sprache gewährleisten. Die Sprachenverordnung aber verschlechtert noch den durch das Sprachengesetz geschaffenen Zustand. Der Ministerpräsident, der vor fünfzehn Jahren den deutschen Abgeordneten die Mitwirkung bei der Abfassung der Sprachenverordnung vor ihrer Verlautbarung zusicherte, hat sein Wort nicht gehalten. Die Verfolgung der deutschen Staatsangehörigen soll weitergeführt, den Söhnen des deutschen Volkes der Zutritt zu den öffentlichen Stellen verweigert werden. Aber das feierliche Versprechen des Sprachengesetzes, daß wir unsere deutschen Schulen in unserer Sprache werden verwalten können, geht die Verordnung mit dem Hinweis auf die Verfügungsgewalt des Unterrichtsministers hinweg. Die freie Verwaltung unserer Gemeinden in unserer Muttersprache wird mit dem Untergang bedroht. Sogar das einfachste Naturrecht jedes Menschen auf Gebrauch seiner Muttersprache im Privatverkehr, das selbst in der tschechoslowakischen Verfassung gewährleistet erscheint, wird der Willkür der politischen Verwaltung ausgeliefert. Darum verlangen wir von unseren Volksvertre-

tern, daß sie im Inland und Ausland den Kampf gegen das uns angetane Unrecht mit allen gebotenen und zulässigen Mitteln führen. Wir fordern aber auch jeden einzelnen Volksgenossen, alle Vereinigungen und Einrichtungen unseres öffentlichen deutschen Lebens auf, das Recht unserer Sprache hochzuhalten und zu wahren immerdar und überall. In diesem Kampf soll und muß das ganze Sudetendeutschtum von einem einzigen Willen beseelt sein. Es kann nicht eher Frieden im Lande sein, bis all das uns angetane Unrecht gutgemacht ist, das Recht unserer Sprache anerkannt wird und dem deutschen Volkstum die volle Gleichberechtigung in diesem Staate zugesichert wird.“

Hand in Hand mit der Tschechei geht Polen, das in Ostoberschlesien mit einer Deutscherfolgung eingeseht hat. Die Verhaftungen von Angehörigen des Deutschen Volksbunds gehen weiter ohne Grund und ohne Aufklärung gegenüber der Öffentlichkeit. Ein ostoberschlesisches polnisches Blatt schreibt: „Gegen das Deutschtum gibt es nur ein System: sich von ihm zu trennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, die Deutschen von der polnischen Erde zu vertreiben, auszurotten und zu vernichten.“ (!) Und mit einem solchen Gelinde von Renschnheit wollen wir uns im Völkerbund vertragen!

Demgegenüber stellt gleichzeitig Preußen den Dänen in der Normark von Schleswig, die man uns raubte, die kulturelle Gleichstellung her. Der amtliche preussische Pressedienst teilt nämlich mit: Das preussische Staatsministerium hat durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzgebieten der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt. Wie es in der Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes weiter heißt, bestand bisher nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache, sowie eine von der dänischen Minderheit unterhaltenen Privatschule. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzgebiete Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Südländern allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsberechtigten von mindestens 24 schulpflichtigen Kindern es beantragen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für 10 schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt.

Abluß der Finanzdebatte in der französischen Kammer

Paris, 16. Febr. Die Kammer hat in der Nachmittagsberatung der einzelnen Artikel des Finanzgesetzentwurfes zu Ende geführt. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich über die Frage der Fälligkeit der am 4. Dezember von der Kammer angenommenen, in dem Finanzgesetz Loucheux enthaltenen Steuern. Gegen den Widerspruch des Finanzministers Doumer, sowie des Generalberichterstatters beschloß die Kammer mit 253 gegen 159 Stimmen, auch diese Steuern erst im Laufe des Jahres zu erheben. Auf den Hinweis des Vorsitzenden des Finanzausschusses, daß dann die im Mai fälligen außerordentlichen Ausgaben in Höhe von drei Milliarden Francs ungedeckt bleiben und hierdurch eine neue Inflation entstehen werde, beschloß die Kammer, daß bis zum 1. Mai drei Viertel dieser Steuer fällig werden sollen.

Die Kammer nahm in der Nachmittagsberatung mit 385 gegen 171 Stimmen den Art. 21 des Finanzgesetzentwurfes an, der eine Ausfuhrsteuer von höchstens 2 und wenigstens 0,2 Prozent vorsieht. Die Höhe der Steuer ist für die einzelnen Warenkategorien verschieden. Angenommen wurde ferner Artikel 22 des Finanzgesetzentwurfes, der die Umsatzsteuer auf 2½ Prozent festsetzt.

Um 6.35 Uhr hat die Kammer nach der Generaldiskussion über den Gesamtfinanzgesetzentwurf, dessen Ertrag mit 1,6 Milliarden befristet wird, abgestimmt. Ministerpräsident Briand stellte die Vertrauensfrage. Der Gesamtgesetzentwurf wurde mit 258 gegen 145 Stimmen angenommen.

Paris, 16. Febr. In der Kammer hat der Generalberichterstatter als vorläufiges Ergebnis der Beratungen der Steuergeetze angegeben: Erparnisse in der Handhabung der Finanzverwaltung 300 Millionen, ein Plus an Einkommensteuer 200 Mill., ein Plus bei den Sportsteuern für amtliche Eintreibungen 300 Millionen, ein Plus an indirekten Steuern 275 Millionen, ein Plus der Besteuerung der Vermittlungsoperationen 125 Millionen, Ertrag der Exportsteuer 400 Millionen, insgesamt 1600 Millionen. Die Regierung muß also, um das Defizit des Budgets für 1926 zu decken, noch eine neue Einnahmequelle im Betrage von 2400 Millionen erschließen.

Drummonds Berliner Besprechungen

Berlin, 16. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, traf sich Montag nachmittags beim englischen Botschafter mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Drummond gab dann auch beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler seine Karte ab. Am Dienstag fand ein Frühstück bei Dr. Stresemann statt, bei welcher Gelegenheit der Generalsekretär auch mit dem Reichskanzler zusammentraf. Die Besprechungen sind durchweg vertraulich. Drummond wird am Mittwoch Berlin verlassen.

Der Besuch Sir Eric Drummond ist, wie die Blätter hören, in erster Linie ein Akt der Höflichkeit. Es werden wie schon bekannt, rein technische Fragen behandelt werden. Auch wird die Personalfrage bezüglich des Sekretariats beim Völkerbunde besprochen. Heute vormittags hat der Reichsaußenminister und Frau zu einem Frühstück geladen, an welchem u. a. teilnahmen: Der Reichskanzler, der Generalsekretär in der Reichskanzlei, Staatssekretär von Schubert, der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, Ministerialdirektor Gaus, der englische und der französische Botschafter. Beschlüsse über die Genfer Delegation sind noch nicht gefaßt.

Die Verhandlungen drehen sich gegenwärtig in der Hauptsache um die Reden, die bei der Aufnahme Deutschlands am 8. März von den einzelnen Delegationsführern gehalten werden. Hemmungen bestehen bei uns allerdings noch so lange, bis nicht unweidentliche Äußerungen der Ratsmächte darüber vorliegen, daß sie den Bestrebungen auf Verweigerung der ständigen Ratsitze sowie der Erweiterung des Rats selbst keinerlei Gehör schenken werden. In diesem Sinn sind auch die deutschen Botschafter bereits vorstellig geworden. Ihre Berichte dürften, sofern sie nicht schon in Berlin eingetroffen, nach der Reichshauptstadt unterwegs sein. Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe technischer Fragen zu klären. Es muß u. a. Klarheit darüber herrschen, wie sich die Aufnahme zu vollziehen hat, ob also der Sitzung ein besonders feierlicher Charakter zu verleihen ist und ob die Außenminister der betreffenden Völkerbundsmächte selbst in Genf erscheinen werden. Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, wollen Briand, Chamberlain und die übrigen Außenminister zum 8. März nach Genf kommen. Dr. Stresemann wird bestimmt die deutsche Delegation führen. Darüber, ob auch der Reichskanzler Dr. Luther mitfährt, ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Erst am Schluß der Berliner Besprechungen soll die Frage der Stellendeseignung in Ordnung gebracht werden.

Neues vom Tage

Eine Konferenz der deutschen Finanzminister

Berlin, 16. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat die Finanzminister der Länder für Freitag zu einer Konferenz nach Berlin berufen. Die Besprechung wird der allgemeinen Finanzlage und der Rückwirkung des Steuerermäßigungsprogramms der Reichsregierung auf die Finanzen der Länder und Gemeinden gewidmet sein.

Verhandlungen mit der Tschechoslowakei um den Bahnhof Eger

Berlin, 16. Febr. Wegen Abtretung des Bahnhofes Eger an die Tschechoslowakei stehen, wie die Blätter hören, Verhandlungen bevor.

Das Volksbegehren

Berlin, 16. Febr. Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Entziehung der Fürstendörfer beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Einbringung solcher Anträge entsprochen. Den Inhalt des Gesetzentwurfes, der eine völlig entschädigungslose Entziehung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstage geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinanderrechnung bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen, und daß dann der weitergehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungsfrist für das von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren „Enteignung der Fürstentümer“ auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgelegt wird.

Der neue Administrator von Südwestafrika

Berlin, 16. Febr. Südafrikanischen Zeitungsnachrichten zufolge wird unser ehemaliges Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika am 1. April d. Js. einen neuen Administrator, Herrn Werth aus Kronstadt im Oranje-Freistaat, erhalten. Herr Werth war bisher Parlamentsabgeordneter der Nationalen Partei, ist deutscher Abstammung und beherrscht auch die deutsche Sprache. Nach dem Urteil von Deutschen in Südwestafrika, die Herrn Werth persönlich kennen, darf man unsere deutschen Brüder in Südwest und unsere ehemalige Kolonie zur Ernennung dieses Administrators beglückwünschen.

Paul Boncourts Bericht über Locarno

Paris, 16. Febr. „Journal“ zufolge heißt es in dem Bericht über das Abkommen von Locarno, den der Abgeordnete Paul Boncour im Namen des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet hat: Das große Verdienst des Abkommens von Locarno liegt darin, daß zwischen dem Ausbruch einer Streitigkeit und dem Zeitpunkt, an welchem auf Grund dieses Zwistes ein Krieg entstehen könnte, ein langes Verfahren und lange Debatten eingeschaltet sei. Wenn die Abkommen auch unbestreitbare Verdienste hätten, so genügen sie an sich nicht und man müsse sie ergänzen, indem man den Völkerbund verstarke. Wenn Frankreich auch seine Abrüstung fortzusetzen wünsche, so könnte dieses nur entsprechend den Sicherungen, die ihm gegeben würden, erfolgen.

Ausschuh für körperliche Erziehung im Reichstag

Berlin, 16. Febr. Auf Grund des Antrages, den der Deutsche Reichsausschuh für Leibesübungen am 12. Januar an den Präsidenten des Deutschen Reichstages gerichtet hat, hat der Kellereiausschuh des Reichstages beschlossen, einen interfraktionellen Ausschuh für körperliche Erziehung zu begründen. Der Ausschuh tritt am 17. Februar zur konstituierenden Sitzung zusammen.

Die deutsche Anfrage wegen der Ratsfuge

Berlin, 16. Febr. Wie nunmehr amtlich bestätigt wird, hat die Reichsregierung auf diplomatischem Wege an die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, die Anfrage gerichtet, ob die Absicht bestehe, außer Deutschland noch andere Staaten zu ständigen Komitgliedern zu machen. Mit diesem diplomatischen Schritt greift die Reichsregierung in die Verhandlungen ein, die zwischen den im Völkerbund vertretenen Staaten bereits seit längerer Zeit schweben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Febr.

Nach debatteloser Annahme des vorläufigen Handelsabkommens mit der Türkei in dritter Lesung wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Abg. Schick (Komm.) veranlaßte die Fortsetzung der angelegenen Kanalbauten, die die beste Gelegenheit zur Beschäftigung Erwerbsloser bieten. Der Redner verwies dann auf die Korruption bei den leitenden Beamten der Reichsbahn. Der Vorsitzende ihres Verwaltungsrates sei derselbe Dr. von Siemens, der im Aufsichtsrat zweier Gesellschaften stehe, die das Vorkriegsmonopol für die Reichsbahn haben. Fragen der Redaktionskassation bestrich dann Abg. Reil (Sos.) und wandte sich gegen die Stellungnahme des Abgeordneten Hanemann in dieser Frage. Abg. Dr. Wieland (Dem.) wünschte eine bessere Erhaltung und Erneuerung des Eisenbahnnetzes. In der Automobil-

denkennung wandte er sich gegen die hohen städtischen Sondersteuern nach Berliner Muster.

Abg. Meißner (Wirtsch. Ver.) forderte den Ausbau des Kanalnetzes und der Hafenanlagen. Abg. von Rheinbaben (D. Pa.) setzte sich besonders für den notleidenden niederschlesischen Bergbau ein und forderte Hilfsmaßnahmen durch eine entsprechende Tarifpolitik der Reichsbahn für die niederschlesischen Kohlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Krosche verwies darauf, daß 80 Prozent der deutschen Wasserstraßen in Preußen liegen und daß sich die Verkehrsinteressen auf diesem Gebiet vielfach mit den Interessen der Länder begeben. Das Ministerium habe nicht die Absicht, dem freien Wettbewerb der Kraftwagenverkehrs-gesellschaften durch ein Reichsmonopol aufzugeben. Der Minister führte auch eine Berücksichtigung der Forderungen des Abg. Breiberrn von Rheinbaben hinsichtlich des niederschlesischen Bergbaus zu. Der Redaktionsanal solle ausgearbeitet werden. Ueber das Unglück im Tunnel bei Oberhof äußerte sich Ministerialdirektor Gutbrodt. Die Untersuchung über die Ursache sei noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Zahl der Eisenbahnunfälle habe sich dem Vorjahre gegenüber vermindert und sei gegenüber anderen europäischen Ländern wesentlich geringer.

Abg. Stöhr (Wisl.) betonte, daß die im Dawespaß Deutschland auferlegten Lasten von unserer geschwächten Wirtschaft nicht getragen werden können. Auf eine Bemerkung dieses Redners erklärte Reichsverkehrsminister Krosche, daß das Gehalt des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft einschließlich der Sonderzulagen nicht 250 000, sondern nicht ganz 100 000 RM betrage.

Das Redaktionsprojekt genehmigt

Ablehnung des demissionarischen Antrags auf nochmalige Ausschuhberatung im Reichstag

Am Dienstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Pa.) begründete eine Entschließung, die Reichsregierung möge umgehend in eine Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn eintreten, insbesondere in der Richtung, daß Nachteile für die deutsche Produktion vermieden werden. Der Redner bezeichnet die jetzige Tarifpolitik als durchaus falsch. Die Reichsbahn dürfe sich auch nicht das Recht anmaßen, die Konkurrenz der Binnenverkehr und des Kraftwagenverkehrs durch Monopolisierung auszuhalten.

Abg. Balkraf (Pa.) richtet an die Regierung die Mahnung, den Schutz der deutschen Landwirtschaft auch bei der Durchführung von Verkehrsprojekten nicht zu vergessen. Die von Seidelherren aus gegen das Redaktionsprojekt geäußerten Bedenken in dieser Richtung sollten doch zu einer Zurückweisung dieses Projektes an den Ausschuh führen.

Reichsverkehrsminister Dr. Krosche wendet sich gegen die Zurückweisung des Projektes an den Ausschuh. Vom Ministerium seien alle Maßnahmen getroffen worden, damit durch die Kanalisierung die Schönheit des Landschaftsbildes im Redaktionsgebiet nicht beeinträchtigt wird.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In der Einzelberatung beantragt Abg. Rosenbaum (Komm.) die Streichung aller für den Reichswasserschuh ausgesetzten Mittel.

Reichsverkehrsminister Dr. Krosche tritt für die Aufrechterhaltung des Reichswasserschuhes ein, der zum Schutz der Verkehrsanlagen an den Wasserstraßen nicht entbehrlich sei.

Abg. Erling (Akt.) hält den Reichswasserschuh für überflüssig und bittet den Minister, bis zur dritten Beratung mit den Ländern über eine Aufhebung dieser Einrichtung zu verhandeln. Die Abstimmung über den Reichswasserschuh wird zurückgestellt. Abg. Rosenbaum (Komm.) wendet sich gegen die Art der Subventionierung der Flugzeugfabriken. Die Ausbildung der Flugzeugführer erinnere geradezu an eine militärische Ausbildung.

Reichsverkehrsminister Dr. Krosche spricht unter der lebhaften Zustimmung der Mehrheit sein schärfstes Bedauern über die Ausführungen des Abg. Rosenbaum aus, die den Eindruck erwecken könnten, als würden die Luftverkehrsbestimmungen von Deutschland verlegt. Die jetzt in Paris schwebenden Luftverkehrsverhandlungen könnten durch solche unverantwortliche und grundlosliche Reden für Deutschland sehr erschwert werden. Von einer militärischen Ausbildung der Flugzeugführer sei keine Rede, wenn auch strenge Bedingungen an die Leute gestellt würden, denen man später Flugzeug und Menscheneben anvertrauen will. Aus der Subventionierung der Flugzeugfabriken sei nie ein Fehl gemacht worden. Sie sei notwendig, um die

technischen Fortschritte auch dem deutschen Flugverkehr nutzbar zu machen.

Es folgen die Abstimmungen. Die Anträge, die sich auf die Rechtsverhältnisse und die Personalpolitik bei der Reichsbahn beziehen, werden dem Rechtsausschuh überziesen. Ein Antrag Hemeter (Dn.) auf Gleichstellung der Fabrikarbeitslosen mit den übrigen in den Trachtjahren wird im Dammesprung mit 128 gegen 126 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Einmütig angenommen wird ein Antrag Hemeter, der die Bahndienstleistungen zur Bereitstellung von frischer Milch verpflichtet.

Ein kommunistischer Antrag verlangt Reichsoberaufsicht für die Opfer des Eisenbahnunfalls im polnischen Korridor. Reichsverkehrsminister Dr. Krosche teilt mit, daß die Schiedsgerichts-verhandlungen über die Entschädigungsansprüche der polnischen Regierung noch nicht abgeschlossen sind. In Fällen dringender Not habe das Reich schon vorher die Geschädigten unterstützt. Es werde das auch weiter tun. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Hanemann (Dn.) auf nochmalige Ausschuhberatung des Redaktionsprojektes wird abgelehnt, das Projekt genehmigt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 17. Februar 1926.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Altensteig u. Umgebung. Am Sonntag, dem 7. Februar, nachmittags, hielt die Ortsgruppe Altensteig u. Umgebung im Gasthof z. Schwänen ihre jährliche Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Nach Verlesung des Rechenschafts- und Kassensberichts erteilte der Vorsitzende, Kamerad Schütler, dem Kassier und Schriftführer Entlastung. Kreisleiter Stähler, Nagold, gab noch einen Rückblick über das vergangene Jahr und betonte, daß der Reichsbund in Renten- und Fürsorgeangelegenheiten schon vieles geleistet habe. Bei Punkt Neuwahl entspann sich eine rege Debatte und wurden die seitherigen Vorstands- und Ausschuhmitglieder einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit Dankesworten an die Anwesenden und ermahnte noch, treu zur Sache zu halten.

Kirche und Volkstrauertag. In einer soeben ergangenen Bekanntmachung empfiehlt der Evangelische Oberkirchenrat den Kirchengemeinden, an dem Staatlicherseits für Sonntag, den 28. Februar angeordneten allgemeinen Volkstrauertag überal nachmittags 1 Uhr ein volles Glodenläuten zu veranstalten. Den Geistlichen wird nahegelegt, im Predigtgottesdienst der Toten der Kriegszeit zu gedenken.

Calw, 16. Febr. In Stammheim wird die Rettungsanstalt um ein weiteres Gebäude vergrößert. Bei den Grabarbeiten stieß man wieder auf die Spuren eines römischen Gutshauses. Am gleichen Platze und zwar auf den Mühläckern am Westende des Dorfes wurde schon im Herbst 1911 ein römisches Bauernhaus vom Landeskonfervatorium freigelegt. Die Größe der sonnig am Südhang hinter dem Waisenhaus gelegenen Anlage beträgt 25 auf 31 Meter. Forstmeister Warm in Stammheim hat damals sich hervorragend an den Arbeiten beteiligt. Eine genaue Beschreibung der Anlage findet sich samt Plan und Zeichnungen in den Schwarzwaldvereinsblättern. Leider kann die neue Niederlassung nicht ausgeführt werden, da die Arbeiten an dem neuen Gebäude rasch vorangehen sollen, damit die erwerbslosen früheren Jöglinge der Anstalt beschäftigt werden können. Bei der neuen Fundstelle handelt es sich um eine vorgeschobene römische Bauernniederlassung, wie man solche auch in Deckenpfronn, Holzbronn und auf dem Hofgut Georgenau bei Möttlingen gefunden hat. Die Römerstraße von Rottenburg nach Forzheim führte nicht weit von diesen Ortschaften vorbei. Sie berührte aber die Orte Aldigen, Dähingen, Schafhausen, Weilerstadt.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

„Der Schühel!“ rief Hans Kirch; „und sein Vater hat bis an seinen Tod auf meinem Schoner gefahren!“ „Ja, ja, Nachbar; der John Smidt hat auch auf dem Kirch gefahren. „Was für den Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt!“ „Nicht so!“ sagte Hans Kirch; „er hätte ihn nur auf seinen dünnen Schidel schlagen sollen!“ „Das tut er nicht; aber als der Reimers ihn zugerufen, was er dabei denn mitzureden habe, da —“ Hans Kirch hatte des anderen Arm gefaßt. „Da?“ wiederholte er. „Ja, Nachbar —“ und des Erzählers Stimme wurde leiser — „da hat John Smidt gesagt, er heiße eigentlich Heinz Kirch, und ob er denn auch nun noch etwas von ihm kaufen wolle. — Sie wissen es ja, Nachbar, unsere Jungen geben sich da hüben manchmal andere Namen, Smidt oder Kayer, aber wie es eben kommen mag, zumal wenn's mit dem Heerwechsel nicht so ganz in Ordnung ist. Und dann, ich bin ja erst seit wenigen Jahren hier; aber, nach Hörensagen, er muß Ihrem Hing schon ähnlich sehen.“ „Was Kirch nicht. Es wurde ganz still im Zimmer, nur der Berpendel der Wanduhr tickte; dem alten Schiffer war, als sähite er eine schlafende Hand, die den Druck der feingigen Antwort.“ Der Redner beachtete das Schweigen. „Wann wollen Sie reisen, Nachbar?“ fragte er. „Gerade nachmittags“, sagte Hans Kirch und suchte sich so grade wie möglich anzurichten. — „Sie werden gut tun, sich reichlich mit Geld zu versehen; denn die Kleidung Ihres Sohnes soll ja nicht im besten Stande sein.“ Hans Kirch nickte. „Ja, ja; noch heute nachmittags.“

Dies Gespräch hatte eine Subjekt gehabt; die junge Frau, welche zu ihrem Vater wollte, hatte vor der halbhoffenen Tür des Bruders Namen gehört und war aufhorchend stehen geblieben. Jetzt lag sie, ohne einzutreten, die Treppe wieder hinauf nach ihrem Wohnzimmer, wo eben ihr Mann, am Fenster sitzend, sich zu besonderer Erregung eine Havana aus dem Sonntagstischen angezündet hatte. „Heinz!“ rief sie jubelnd ihm entgegen, wie vor Zeiten ihre Mutter es grufen hatte, „Nachricht von Hing! Er lebt, er wird bald bei uns sein!“ Und mit überfließenden Worten erzählte sie, was sie unten im Flur erzählt hatte. Plötzlich aber hielt sie inne und sah auf ihren Mann, der nachdenklich die Rauchwolken vor sich hindüvel. „Christian!“ rief sie und kniete vor ihm hin; „mein einziger Braver! Jesus! du dich denn nicht?“ Der junge Mann legte die Hand auf ihren Kopf: „Beygeiß mir, Lina; es kam so unerwartet; dein Bruder ist für mich noch gar nicht bezwungen; es wird ja nun so viel anders werden.“ Und behutsam und verständig, wie es sich für einen wohlwollenden Mann ziemt, begann er dann ihre dazulegen, wie durch diese nicht mehr vermittelte Heimkehr die Grundlagen ihrer künftigen Existenz beschützt, ja, vielleicht erschüttert würden. Daß seinerzeit die Verschollenheit des Haussohnes, wenn auch ihm selbst kaum eingestanden, wenigstens den zweiten Grund zum Weiden um Hans Adams Tochter abgegeben habe, das ließ er freiwillig nicht zu Worte kommen, so ausdrücklich es auch jetzt vor seiner Seele stand. Frau Lina hatte aufmerksam gelauscht. Da aber ihr Mann jetzt schwieg, schüttelte sie nur lächelnd ihren Kopf; „Du sollst ihn nur erst kennen lernen; ob Heinz war niemals eigenmächtig.“ Er sah sie herzlich an. „Gewiß, Lina; wir müssen uns davor zu finden wissen; um desto besser, wenn er wiederkehrt, wie du ihn einst geliebt hast.“ Die junge Frau schlug den Arm um ihres Mannes Hals: „Oh, du bist gut, Christian! Gewiß, ich werde ihn wieder werden.“ Dann ging sie hinaus; in die Schlafkammer, in die kleine

Stube, an den Hing; oder ihre Augen blieben nicht mehr trocken, es war um ihre Freude doch ein Reiz gefallen. Nicht, daß die Bedenken ihres Mannes auch ihr Herz bedrückten; nein, aber daß so etwas überhaupt nur sein könne; sie wußte selber kaum, weshalb ihr alles jetzt so wie schien. Einige Tage später war Frau Lina beschäftigt, in dem Oberbau die Kammer für den Bruder zu bereiten; aber auch heute war ihr die Brust nicht freier. Der Brief, worin der Vater sein und des Sohnes Ankunft gemeldet hatte, enthielt kein Wort von einem frohen Wiedersehen zwischen dem; wohl aber ergab der weitere Inhalt, daß der Wiedererfundene sich anfangs unter seinem angenommenen Namen vor dem Vater zu verbergen gesucht habe und diesem wohl nur wiederkehrend in die Heimat folgen werde. Als dann an dem bezeichneten Sonntagabend das junge Ehepaar zu dem vor dem Hause haltenden Wagen hinaufgetreten war, sahen sie bei dem Lichtschein, der aus dem offenen Flur fiel, einen Mann herabsteigen, dessen weiterhartes Ansehen mit dem völligen Vollbart und dem kurzgeschorenen braunen Haupthaar fast einen Biergig: anzudeuten schien; eine Karbe, die über Stirn und Auge lief, mochte indessen dazu beitragen, ihn älter erscheinen zu lassen, als er wirklich war. Nach ihm hertraten langsam Hans Kirch vom Wagen. „Hans, Heinz“, sagte er, nacheinander auf die Genannten hinweisend, „das ist deine Schwester Lina, und das ihr Mann Christian Martens; er müßt euch zu vertragen suchen.“ Ebenso nacheinander freudig diesen jetzt Heinz die Hand entgegen und schüttelte die ihre kurz mit einem trockenen: „Very well.“ Er tat dies mit einer unbeholfenen Verlegenheit; mochte die Art seiner Danksprüche ihn bedrücken, oben schloß er eine hartnäckige in der Begrüßung der Geschiedenen; denn wirklich, sie hätten von dem Wiedererfundenen sich ein anderes Bild gemacht.

(Fortsetzung folgt.)



Freudenstadt, 16. Febr. (Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahl im Bezirk Freudenstadt.) Wahlberechtigte Landwirte 2134, abgestimmt 916, davon ungültig 7, also gültig 909 Stimmzettel. Von den gültigen Stimmzetteln sind entfallen auf den Vorschlag des Landw. Hauptverbandes Württemberg 909 Stimmzettel mit 10 851 Stimmen. Auf den Vorschlag der kleinen Bauern wurde kein Stimmzettel abgegeben. Wahlberechtigte landwirtschaftliche Arbeiter 1405, abgestimmt haben 434, ungültig 11, also 423 gültige Stimmzettel. Von diesen sind entfallen auf den gemeinschaftlichen Vorschlag des deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und des landwirtschaftl. Hauptverbandes mit 1268 Stimmen. — In Freudenstadt waren es wahlberechtigte Landwirte 71, abgestimmt haben 19, Arbeiter 63, abgestimmt 18. — In Baiersbrunn haben 14 Landwirte und 18 land- und forstwirtschaftliche Arbeiter abgestimmt.

Stuttgart, 16. Febr. (Landesversammlung des Württ. Hausbesitzes.) Am Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Siegelhaus eine außerordentliche Landesversammlung des Württ. Hausbesitzes statt, um zur Steuerlast Stellung zu nehmen und die Forderungen des württ. Hausbesitzes kundzutun.

In den Ruhestand. Mit Ablauf dieses Monats tritt Oberforst Dr. Speidel bei der Forstdirektion in den bleibenden Ruhestand.

Milchpreiserhöhung. Der Preis für Frischmilch ist auf 33 $\frac{3}{4}$ für das Liter herabgesetzt worden, jedoch immer noch eine Spanne von 10 $\frac{3}{4}$ zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis bleibt. Ein unbehaglicher Zustand!

Hotel Victoria Stuttgart und württ. Staatsfinanzverwaltung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die angelegte Prüfung und die Berechnungen haben ergeben, daß das dem Finanzministerium zum Kauf angebotene Hotel Victoria in Stuttgart für staatl. Zwecke, insbesondere für das Polizeipräsidium nicht in Frage kommt. Hiermit dürften die Erörterungen in der Tagespresse hierüber ihre Erledigung finden.

Welzheim, 16. Febr. (Einbruchdiebstahl.) Nachts wurde im Laden von Bäckermeister Epple hier eingedrungen und aus der Ladentasse der Inhalt mit etwa 18 Mark gestohlen. In der vorhergehenden Nacht war bei Baumwirt Kühle ein Einbruch verlust worden. Dort wurde der Betreffende aber verschont. — Auch aus Breitenfurt werden verschiedene Fälle von Einbruchdiebstahlverbrechen gemeldet.

Salach, Oß. Göppingen, 16. Febr. (Zu Tode gedrückt.) Zwischen Sähen und Dongdorf verunglückte ein Fuhrmann des Güterführers Abt aus Sähen tödlich. Er wollte anscheinend den Gang befindlichen Wagen besteigen, kam unter die Räder und wurde dadurch förmlich zu Tode gedrückt.

Rottenburg, 16. Febr. (In Schutz und Wache.) Heute nacht entstand in der mechanischen Strickerlei Holz & Reinhardt, dem früheren Balzerischen Haus, Feuer. Als es bemerkt wurde, brannte das Haus schon lichterloh. Die Feuerwehr konnte lediglich die in dem oberen Stockwerk um Hilfe rufenden Frauen, Männer und Kinder retten. Das Haus ist bis auf den Grund niedergebrannt.

Forzheim, 16. Febr. (Auslandshonig für bayerischen Honig.) Hier wurde seit einiger Zeit auf dem Wochenmarkt und in Ladengeschäften „Honig der Bayerischen Honigzentrale“ mit einem Flugblatt, das den Honig als bayerisches Erzeugnis und nicht als Auslandsware kennzeichnet, verkauft. Nun ist das Verfallsjahr der Bayerischen Honigzentrale ganz ähnlich dem der Honigverwertungsgenossenschaft Bayerischer Bienenzüchter und für den Leser kaum zu unterscheiden. Zwei entnommene Proben wurden dem bayerischen Landesfachverständigen, Landwirtschaftsrat Schreiber, eingeleitet und als Auslandsware (Falschware) bezeichnet. Auch das städtische Lebensmitteluntersuchungsamt stellte das Vorhandensein von Auslandsware in dem verkauften Honig fest. Da Auslandsware nicht als Inlandsware verkauft werden darf, so wurde die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übertragen.

Schwenningen, 16. Febr. (Schadenfeuer.) Am Sonntag morgen kurz nach 7 Uhr brach im Stalle des Gasthauses zum „Grünen Baum“ nach vorausgegangenem Fall des Gefangenen Eintracht, wahrscheinlich durch Wegwerfen einer brennenden Zigarre oder Zigarette, ein Brand aus. Die Löscharbeiten waren von Erfolg, doch ist ein Schaden von etwa 4000 Mark entstanden.

Schwenningen, 16. Febr. (Kündigung des Kollektivabkommens in der Uhrenindustrie.) Vom Verband der Uhrenindustrie Donaueschingen ist den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen das seit Jahren bestehende Kollektivabkommen in vollem Umfang gekündigt worden. Es ist damit zu rechnen, daß durch die Kündigung des Kollektivabkommens neue Kämpfe in der Uhrenindustrie entzündet werden sollen.

Mergentheim, 16. Febr. (Auf schiefem Weg.) Der Leinw. Kaufmann Hirschmann von hier, der sich seit drei Wochen in Nürnberg aufhielt, hat dort den Kassensboten einer Getreidefirma, der mit einem Betrag von 18 000 Mark von der Reichsbank unterwegs war, im Hause eines Geschäftshauses überfallen, ihn mit einem Stein niedergeschlagen und ihm die Geldmappe entriß. Ein Krüppel mit einem Arm stellte sich dem Räuber entgegen und hielt ihn fest, bis Polizei kam und den Täter in festen Gewahrsam brachte. Zwei Komplizen des Verhafteten, die ihn bei der Tat unterstützten hatten, konnten flüchten.

Kapensburg, 16. Febr. (Schweres Autounfall.) Infolge Reisendrucks fuhr bei Weingarten ein Personenauto nachts auf einen Baum auf und wurde dabei schwer beschädigt. Der Autofahrer, der den Wagen selbst lenkte, Fabrikant Palmer von Kapensburg, war sofort tot. Zwei Mitfahrer, Konditormeister Sulzer und Journalist Huber wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus verbracht werden.

Aus Baden.

Der Kampf um die Murgalbahn. Der Kampf um die Vollendung der halb fertigen Murgalbahn wird zurzeit besonders von Baden aus, wieder sehr lebhaft geführt. Letzten Samstag fand in Forbach wiederum eine Versammlung württembergischer und badischer Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für den Ausbau der Murgalbahn statt. Von Freudenstadt aus war erschienen Oberamtmann Knapp, Präsident Körner (Landtag), Vertreter von Freudenstadt, Baiersbrunn und sämtl. Murgaltsgemeinden, sowie der Säge- und Holzindustrie. Von badischer Seite nahmen teil der Landrat von Kastatt, Oberbürgermeister Renner von Kastatt, Vertreter des Verkehrsvereins Karlsruhe, sowie eine Anzahl Vertreter der badischen Murgaltsgemeinden. Oberamtmann Knapp eröffnete die Sitzung und führte u. a. aus: Kein Mittel soll unversucht bleiben, um die Vollendung der Murgalbahn zu erreichen. Man rechnet noch mit einem Kostenaufwand von 2,7 Millionen Mk. Die Reichsbahn stellt sich neustens auf den Standpunkt, daß das ganze Geld als Darlehen der Bahn zur Verfügung gestellt werden müsse, wobei gleichzeitig noch die Rentabilität zu garantieren sei. Es werde nun versucht, auf dem Umweg über die produktive Erwerbslosenunterstützung ein größeres Darlehen vom Reich zu erhalten. Doch könne es sich hierbei nur noch um eine direkte Eingabe an das Reichsarbeitsministerium handeln, daß dieses einen größeren Betrag zur Verfügung stelle. Insbesondere handle es sich nun noch um die Beschäftigungsmöglichkeit für 150 Arbeiter, 200 Tage lang, was einem Betrag von 200 bis 300 000 Mark gleichkäme. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: 1. Eine Eingabe an den Reichstag zu richten, mit der Bitte, das zum Bau der Bahn gesetzlich verpflichtete Reich wolle im Benehmen mit den Landesregierungen Badens und Württembergs aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge der Reichsbahngesellschaft das zur Vollendung dieses Bahnaues erforderliche Baukapital zur Verfügung stellen; 2. dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsverkehrsministerium und den Landesregierungen, sowie den Landtagen Badens und Württembergs in diese Entschließung alsbald zur Unterstützung zu unterbreiten.

Forzheim, 16. Febr. Zur Besprechung von Waldfragen vereinigten sich am Freitag vormittag im „Beck“ hier die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden des Forzheimer Bezirks. Herr Oberförster Eisenloib, Willingen, als Vertreter des Badischen Waldbesitzerverbandes, der die Versammlung leitete, machte die Erklärungen mit dem Zweck und Ziel der Vereinigung näher bekannt, nachdem er zunächst eingehend die gegenwärtige Wirtschaftskrise behandelte, die die Abholzung auf dem Holzmarkt bewirkte. Dies bringt gar mancher Gemeinde, die in früheren Jahren gute Einnahmen aus ihren Waldbeständen erzielte, ganz bedeutende Einnahmeausfälle, ja mancherorts überhaupt Abholzungsschwierigkeiten, während andererseits wieder die Gemeinden und auch die privaten Waldbesitzer heute weit höhere Ausgaben für die Waldbewirtschaftung zu tragen hätten als früher. Schon allein die neuzeitliche Waldbesteuerung, die etwa 3 Prozent des Ertrages ausmache, während der Wald überhaupt nur eine 2/3 bis 3/4 prozentige Rente abwerfe, beweise, wie vorläufig die Gemeinden sein sollten beim Verkauf ihrer Walderzeugnisse. Die schwache Nachfrage nach Rundhölzern, besonders Eichen und Buchen, wie sie hauptsächlich in der nordlich von der Stadt gelegenen Gegend zahlreich sind, werde noch dadurch begünstigt, daß manche Gemeinden, um besonders hohe Mittel zu erzielen, zu den normalen Holzschlägen noch bedeutende außerordentliche Holzpreise vornehmen. Man habe Mühe, das Holz um etwa 20 Prozent höher zu verkaufen, als die Vorkriegspreise waren, während andere Industrieerzeugnisse fast durchweg höhere Preise erzielten. Um den einzelnen Waldbesitzer vor größerem Schaden zu bewahren, sei der Badische Waldbesitzerverein entstanden, der schon heute weit über 800 badische Gemeinden zu seinen Mitgliedern zähle. Der Verband unterrichtet jeweils über die geltenden Preise, und vermittelt Verkäufe für die Waldbesitzer. Die interessantesten 2 einhalbstündigen Ausführungen des Redners wurden dankbar aufgenommen. Dem Vernehmen nach werden die zugegen gewesenen Gemeindevorstände allerorts zum Beitritt in die Waldbesitzerorganisation werden.

Vorkäufiges Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahl.

1. Wahlbezirk
umfassend die Oberamtsbezirke Kalen, Besigheim, Brackenheim, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gemünd, Heilbronn, Künzelsau, Mergentheim, Neudorf, Neversheim, Debingen, Weinsberg und Weilsheim.
a) Wahl der Landwirte: Wahlberechtigt: 45 276. Abgestimmt haben: 19 842. Zahl der gültigen Stimmzettel: 19 680, die alle auf den Wahlvorschlag des Landwirtsch. Hauptverbandes fielen.
b) Landwirtschaftl. Arbeiter: Wahlberechtigt: 11 740. Abgestimmt haben: 1411. Zahl der gültigen Stimmzettel: 1348, die alle auf den gemeinschaftlichen Wahlvorschlag des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und der Landw. Hauptverbandes entfielen.

2. Wahlbezirk
umfassend die Oberamtsbezirke Bodnang, Böblingen, Ehningen, Göppingen, Kirchheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Münsingen, Schorndorf, Stuttgart-Um, Weinsberg, Weilsingen und die Stadt Stuttgart.
a) Wahl der Landwirte: Wahlberechtigt: 45 062. Abgestimmt haben: 18 641. Zahl der gültigen Stimmzettel: 18 538; davon entfielen 1. auf den Wahlvorschlag des Landw. Hauptverbandes: 18 196; 2. auf den Wahlvorschlag „Weinbau“: 99; 3. auf den Wahlvorschlag der Kleinbauern: 241.

b) Landwirtschaftliche Arbeiter: Wahlberechtigt: 4281. Abgestimmt haben: 680. Zahl der gültigen Stimmzettel: 610, die alle auf den gemeinschaftlichen Wahlvorschlag des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Landw. Hauptverbandes entfielen.

3. Wahlbezirk
umfassend die Oberamtsbezirke Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rotweil, Seelingshausen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach.
a) Wahl der Landwirte: Wahlberechtigt: 48 040. Abgestimmt haben: 19 454. Zahl der gültigen Stimmzettel: 19 280; davon entfielen 1. auf den Wahlvorschlag des Landw. Hauptverbandes: 19 112, 2. auf den Wahlvorschlag der Kleinbauern: 168.
b) Landwirtschaftliche Arbeiter: Wahlberechtigt: 8968. Abgestimmt haben: 2006. Zahl der gültigen Stimmzettel: 1940, die alle auf den gemeinschaftlichen Wahlvorschlag des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Landw. Hauptverbandes entfielen.

4. Wahlbezirk
umfassend die Oberamtsbezirke Eberach, Blaubeuren, Ehingen, Geislingen, Heidenheim, Laubingen, Reutlingen, Ravensburg, Riedlingen, Sigmaringen, Tettnang, Ulm, Waldsee und Wangen.
a) Wahl der Landwirte: Wahlberechtigt: 36 470. Abgestimmt haben: 17 006. Zahl der gültigen Stimmzettel: 17 567, die alle auf den Wahlvorschlag des Landw. Hauptverbandes entfielen.
b) Landwirtschaftliche Arbeiter: Wahlberechtigt: 15 453. Abgestimmt haben: 2290. Zahl der gültigen Stimmzettel: 2238, die alle auf den gemeinschaftlichen Wahlvorschlag des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Landw. Hauptverbandes entfielen.
Bei diesen Wahlergebnissen fehlen nur noch diejenigen des Oberamtsbezirks Remmlingen und verschiedener Gemeinden anderer Oberamtsbezirke, die aber das Gesamtergebnis nicht wesentlich verschoben werden. Hiemit werden in allen vier Wahlbezirken sämtliche Stimm der Landwirte auf die Wahlvorschläge des Landw. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern a. S. und der landw. Arbeiter auf die gemeinschaftlichen Wahlvorschläge des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Landw. Hauptverbandes entfielen.

Handel und Verkehr.

Märkte
Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 16. Febr. Aufgetrieben waren 64 Cölen, 19 Bullen, 230 Jungbullen, 235 Jungriber, 190 Rälbe, 687 Rälber, 993 Schweine und 8 Schafe; unverkauft blieben: 30 Jungbullen und 10 Jungriber. Es folgte der 30. Mar. Lebendgewicht Cölen 1. 44-45, 2. 39-42; Bullen 1. 45-46, 2. 39-41; Jungriber 1. 45-51, 2. 41-46, 3. 39-45; Rälbe 1. 25-28, 2. 17-27, 3. 12-16; Rälber 1. 70-72, 2. 64-68, 3. 55-62; Weidemalchale 70-74, neull. 35-36; Schweine von 240-300 Pfund 50-52, von 300-340 Pfund 50-51, von 160-200 Pfund 78-79, unter 120 Pfund 78-79; Schafe 58-70. Verkauf: mäßig belebt.
Karlshober Viehmarkt vom 15. Febr. Auftrieb: 60 Cölen 40-50, 20 Bullen 40-47, 81 Rälbe und Rälber 18-22, 10 Rälber 30-70, 4 und 50 Schafe 70-82, 4. Beste Qualität aber wenig Absatz. Marktverlauf: bei Schafvieh langsam, Ueberhand bei Schweinen und Rälbern mittelmäßig, kleiner Ueberhand.

Börsen
Berliner Börse vom 16. Febr. In Anbetracht der starken Besetzung der Reusorter Börse war die heutige Botation heute etwas weniger zuverlässig als gewöhnlich und beobachtet zunächst Zurechtballung. Eine feste Grundstimmung war unverkennbar, zumal die grobe Geldflut eine wesentliche Stütze bot. Deutsche Wäleten schiedern sich etwas ab. Im Verlaufe drückten die Kurse bei lebender Kaufkraft und hohem Geschäft durchweg etwas ab. Die Börse schloß in den niedrigen Tageskursen.
Stuttgarter Börse vom 16. Febr. Die vorläufig noch feste Stimmung wurde zu Beginn unsicher und zurückhaltend. Man r-nale eher Wababstimmung beobachtet, die aber in Anbetracht der noch vorliegenden Kaufaufträge kurzfristig kaum zum Rückrud kam.

Forzheimer Schlachtviehmarkt vom 15. Febr. Aufgetrieben waren 270 Tiere und zwar: 11 Ochsen (unverkauft einer), 14 Rälbe (4), 14 Rinder (1), 4 Färrer, 6 Rälber, 221 Schweine (12). Marktverlauf mittelmäßig. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 46-48, Rinder 1. 50-53, Ochsen und Rinder 2. 42-44, Rälbe 25-35, Färrer 42-50, Schweine 80-84.

Holz
Vom süddeutschen Brettermarkt. Für unsortierte sägefallende Bretter 1. 16, saul- und druckfrei zahlte man bahnhof oberbayerischer Verladepfähle in der ersten Hälfte des Monats etwa 42-45 Mark je Rbm. Hobelstähige Bretter, die wenig gefragt waren, bewegten sich zwischen 53-58 Mark je Rbm. Schlecht ist es immer noch mit dem Geschäft in sortierten Brettern bestellt, für die regulären Preise nur insofern Rücksicht genommen, als sich niemand darnach richtet. Ausnahmepreise waren bahnhof Karlsruhe-Mannheim mit etwa 55 $\frac{1}{2}$ und darunter, X-Bretter 10 $\frac{1}{2}$ billiger, „gute“ Bretter etwa 85 $\frac{1}{2}$, reine und halbreine Bretter mit etwa 103-105 $\frac{1}{2}$ je Rbm. bewertet. Zum gleichen Preise konnte man aber bereits Qualitätsware Bukowinaer Provenienz haben, so daß die Auslandskonkurrenz auf dem süddeutschen Brettermarkt sich recht fühlbar macht. 21/22 mm starke unsortierte Hichten- und Tannenhobeldretter, glattkantig oder mit Rul und Feder, wurden bahnhof Karlsruhe-Mannheim mit 1,35 bis 2 $\frac{1}{2}$, 1a Ware mit 2,15-2,20 $\frac{1}{2}$, 2a Ware mit 1,50-1,65 $\frac{1}{2}$ und Kautspundbretter mit 1,35-1,40 $\frac{1}{2}$ je Rbm. notiert. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit ist auf dem Baumarkt noch nichts von einer Belebung zu verspüren, so daß das Ueberwiegen des Angebots auch hier auf die Preise drücken mußte. Mit üblicher Waldante geschnittenes Tannen- und Fichtenholz wurde bahnhof Karlsruhe-Mannheim zu etwa 53 $\frac{1}{2}$ und Vorratsholz zu 43 $\frac{1}{2}$ und darüber je Rbm. gehandelt. Auch das Geschäft in Latten ist noch ruhig. Für 1,2 „gute“ Latten forderte man bahnhof Karlsruhe-Mannheim jüngst 8-8,25 $\frac{1}{2}$ und für Klatten 6,75-7,25 $\frac{1}{2}$ je 100 Bretter.

Konkurse.
Geheimverwalter.
Weinsberger Kaffeebrennerei, Gg. Lorenz & Co., Weinsberg August Kofe, Herrenschneiderei, Stuttgart, Karl Hepting u. Co., Lederwarenfabrik, Stuttgart „Südra“, Südd. Textil-Handl. G. S., Stuttgart Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G. S., Stuttgart Andreas Hummel, Schuhfabrik, Marbach, Elias Ulger, Kuffenfabrik, Jahn, Troßingen.



Letzte Nachrichten.

Abreise des Generalsekretärs des Völkerbundes von Berlin
 Berlin, 17. Febr. Wie die Blätter mitteilen, sind die Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, mit der Reichsregierung über die formellen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, soweit geblieben, daß die heutigen Schlussverhandlungen nur noch von kurzer Dauer sein werden. Drummond werde heute abend Berlin verlassen, um nach Genf zurückzukehren.

Die Fürstenabfindung in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Berlin, 17. Febr. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern mit sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen über die entschädigungslose Abfindung des Hohenzollernhauses, darunter mit dem Antrag der Kommunisten, dem Ausschuss zur Durchführung des Volkenscheids 20 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die deutschnationalen Stadtverordneten verließen bei der Debatte über die Anträge zum Zeichen des Protestes den Sitzungssaal. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 17. Febr. Im Unterhaus fragte gestern Maclean den Präsidenten des Handelsamts, wieviele britische und amerikanische Firmen sich an der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse beteiligen würden, wobei er betonte, daß die Messe seit 600 Jahren abgehalten und von Käufern aus allen Teilen der Welt besucht werde. Cunliffe lister erwiderte, er hoffe hierüber einen Bericht des britischen

Konjuls in Leipzig zu erhalten. — Finanzminister Churchill teilt auf eine Anfrage mit, daß die englischen Nettozahlungen an die Vereinigten Staaten für 1926, wenn das Pfund Sterling zu pari angenommen werde, an Kapital und Zinsen 33 062 000 Pfund Sterling betragen würden. Demgegenüber solle England etwa 14 Millionen aus den Zahlungen der deutschen Reparationen und aus der fundierten interalliierten Kriegsschuld erhalten. Churchill erklärte weiter, daß wegen der Regelung der übrigen interalliierten Kriegsschulden Verhandlungen im Gange seien.

Große Unterschlagungen beim Berliner Magistrat.

Berlin, 17. Febr. Die Berliner Stadtinspektoren Gerhard, Schulz und Simon haben, wie die Blätter melden, die Stadt Berlin um große Summen dadurch geschädigt, daß sie falsche Kassenuittungen für die Entrichtung der Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer ausfertigten und die genannten Steuerbeiträge sich aneigneten. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge soll die veruntreute Summe mehr als eine Viertel Million Mark betragen. Alle drei Beamte sind ins Ausland entkommen. Die Staatsanwaltschaft hat hinter den Flüchtigen Steckbriefe erlassen.

Ermittlungsverfahren gegen den Grafen zu Solms-Wildenfels.

Berlin, 17. Febr. Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll gegen den Grafen zu Solms-Wildenfels, der dem am Sonntag verhafteten Fehmörder Amhofer in dem Forsthaus Lübbenau im Spreewald Unterschlupf gewährt hatte, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Begünstigung eingeleitet worden sein.

Die Aufklärung des Betrugs mit französischen Goldmünzen.

Amsterdam, 17. Febr. In Verbindung mit dem in Paris entdeckten großen Betrug mit französischen Goldmünzen

hat die hiesige Polizei mehrere Personen festgenommen, darunter als Haupttäter einen 25jährigen Belgier namens Coenen. Es wurden fünf große feuerfeste Schmelztiegel und eine Galvanisierereinrichtung beschlagnahmt, die dazu benutzt wurden, englisches Einfuhrgold mit Silber und Kupfer zusammenzuschmelzen, das dann auf dem Luftwege als angeblich neue Goldbarrensendung nach Paris transportiert wurde. Die Betrüger haben es hierbei nach den Ermittlungen der Polizei auf die Erlangung der Zollbescheinigung abgesehen, aus der hervorgeht, daß eine Goldbarrensendung nach Frankreich abgehandelt worden sei. Der Belgier Coenen stand in Verbindung mit dem Pariser Edelmetallhändler Karle, der entgegen den französischen gesetzlichen Bestimmungen Goldmünzen in Goldbarren umschmolz, die er dann auf Grund der erwähnten Zollbescheinigung als in Paris umgeschmolzene Goldbarren ausgab.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 17. Febr. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 8. Februar 1 164 900. Die Abnahme gegen die Vorwoche beträgt 10 078 und gegen die gleiche Periode des Vorjahres 78 059.

Der Papst gegen die jetzige Frauenmode.

Rom, 17. Febr. Der Papst empfing gestern die Fastenprediger der Stadt Rom und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in welcher er besonders die jetzige Frauenmode tadelte, an der auch die Männer mit Schuld hätten. Er ermahnte die Prediger, gegen dieses Uebel ihre Stimme zu erheben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kaul
 Druck und Verlag der B. Kleiter'schen Buchdruckerei Altensteig.

Bruderhaus-Berneck.

Todes-Anzeige



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben, unvergesslichen Gatten, unsern guten treubeforgten Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Schwager

Gottlieb Brenner

Waldfchütz

nach schwerem Leiden im Alter von 59 Jahren zu sich in die ewige Heimat zu rufen.

Um stille Teilnahme bittet:
 die schwergeprüfte Gattin und ihre Kinder.

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr in Berneck.

Hannover-Altensteig.

Todes-† Anzeige.

Unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Josef Nothenbacher

Messerschmied

ist nach schwerem Leiden entschlafen, wovon wir Verwandte, Freunde und Bekannte in Kenntnis setzen.

Die Beerdigung findet in Hannover statt.
 Namens der trauernden Hinterbliebenen:
 Die Tochter:
Maria Kirn und Gatte.

Gewerbebank Altensteig

e. G. m. b. H.

Entgegennahmen von

Spar-Einlagen

von jedermann bei hoher Verzinsung.
 Jeder Einleger erhält ein Sparbuch — Mindesteinlage 5 Mark.
 Das Sprichwort „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ hat wieder volle Geltung.

Forstamt Pfalzgrafenweiler

Stangen- und Laubstammholz-Berkauf.

Am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr in Pfalzgrafenweiler im „Hirsch“ aus Staatswald Hl. und La. Gerüststangen: 16 St., Bauft.: Ia 161, Ib 76, II. Kl. 104, III. Kl. 36 Stüd.; Sapft.: I. 9, II. 117, III. 177 Stüd.; Hopfenst.: I. 313, II. 503, III. 23, IV. 194, V. 372 Stüd.; Rebft.: I. 315 St. Ferner 139 Rotbuchen mit Fm. 9 II., 24 III., 33 IV., 28 IV. Kl. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

W. Forstamt Steinwald in Freudenstadt.

Freihändiger Nadelstammholz-Berkauf.

aus Staatswald Distrikt I, III und IV: 1815 Hl, 1422 La, 39 Fo mit Fm. Langh.: 208 I., 264 II., 558 III., 561 IV., 408 V., 69 VI. Kl. Sägk.: 20 I., 23 II., 5 III. Kl. Schriftl. oder mündliche Angebote bis spätestens Donnerstag, den 25. Februar 1926 an das Forstamt. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. D. in Stuttgart.

Täglich bis 10 Mark zu verdienen. Näheres im Prospekt mit Garantieschein. Viele Dankschreiben!
 Joh. H. Schultz, Adressenverlag, Köln 845.

Oetardene.

Calmbach: Gottlob Rau, Wagnermeister, 48 1/2 J. Freudenstadt: Fr. Eberle, Messerschmied. Wittlensweiler: Barbara Finkbeiner, geb. Mast, 61 J. Calw: Christine Keller, geb. Schleich, 51 J. Hirzau: Anton Formanek, 61 J. Oberollmangen: Christine Greule, geb. Lörcher, 71 J.

Altensteig.

Morgen Donnerstag Vormittag treffen ein:



Prima Grosse Schellfische
 1 Pfund 50 Pfg.

Prima Mittel-Schellfische
 1 Pfund 45 Pfg.

Ia. Cabliau
 1 Pfund 40 Pfg.

Kieler-Bücklinge
 geräuchert 1 Pfd. 50 Pfg.

bei **Chr. Burghard jr.**

Altensteig.

Blumen-Töpfe und Untersetzer Blumenkästen und Töpfergeschirr Milchschüsseln

in verso iedanon G össon (Milch-Entrahmer) Mild-Aussehtüder stots billig zu haben bei

Fritz Rühlert

Berloren!

ging gestern Abend von Simmersfeld nach Altensteig
1 Blechtanne mit Ruch ad
 Abzugeben im Schwann Altensteig.

Ettmannweiler.

Am Samstag, den 20. Febr., Vormittags 11 Uhr verläuft die Gemeinde einen etwa 16 Zentner schweren



Schlachtjarren.

Zusammenkunft beim Farenstall.

„Neo“-Ballistol-Kleber Armeedi

D.R. Pat. ist zugleich D.R. Pat.
 Waffentöl, Rofschußöl, Wundöl, Schmieröl, Lederöl, Desinficiens!
 Tötet sofort alle Bazillen und beseitigt alle Bazillenkrankheiten.

Inventar für Mensch, Tier, Pflanze, Metall, geräth u. franko. In Waffensch., Apoth., Drog., landw. Gesch., fast vngest. r. f.

Chem. Fabrik F. W. Kieper, Köln.

Patent-Briefe

in schöner Auswahl empfiehlt die

W. Riaker'sche Buchhandlung Altensteig.

Lesen Sie

was Sie liest oder Gehörbuchschreiner sind, die hervorragend redigierten Zeitschriften

Rege und Jagd

Probieren Sie unbedingt gratis den Verlag in Dillingen, Bayern

Original-Gehsämter-Fichtelgebirgs-

Saatt-Hafer

(auf 600 m Höhenlage gezüchtet) durch Windstöße und Ertrur besten gereinigt liefert per Zentner zu Mk. 12.— ab hier, bestgl. Saattgerste zu Mk. 12.50 Saattrommerroggen Mk. 13. Paul Kaiser, Oberröslau Verkaufsst. von Fichtelgebirgs-Saattgerste.

Deutsche und spanische

Naturweine

1/2 Liter von 35 Pfg. ab

Dessort-Weine, Malaga, Vermouth, Mistella Gold.

Abgabe jeden Quantums über die Straße.

Franz Kurlenbauer
 Gasthof zum Löwen Nagold. Telefon 91.

300-400 Mk.

werden bei guter Sicherheit gesucht. Von wem? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Spiegel

W. Riaker'sche Buchhandlung Altensteig.

